Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ANDREAS SCHULZE

28. August 2008

www.kas.de/wendgraeben

„Hochschulpolitische Zielsetzungen im Wandel“

12. SOMMERAKADEMIE DES RCDS IN WENDGRÄBEN

Traditionell veranstaltet der RCDS seine Sommerakademie gemeinsam mit dem Bildungszentrum Schloss Wendgräben. Die mittlerweile 12. Sommerakademie fand vom 19. bis 22.08.2008 in Wendgräben statt – diesmal standen Fragen der Hochschulpolitik im Mittelpunkt. Anlass war zum einen der 40. Jahrestag der Studentenbewegung von 1968, zum anderen die jüngsten Debatten über den Bologna-Prozess, über Elite-Universitäten und die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Hochschullandschaft

Vom demographischen Wandel ist neben Sachsen-Anhalt auch Brandenburg bereits massiv betroffen, wie die brandenburgische Wissenschafts-, Forschungs- und Kulturministerin Prof. Dr. Johanna Wanka nach der Akademie-Eröffnung durch den RCDS-Bundesvorsitzenden Gottfried Ludewig sowie durch Ronny Heine (Leiter des Bildungszentrums) als erste Referentin bekundete. Angesichts des Bevölkerungsverlustes durch Geburtenrückgang und Abwanderung drohe eine Verknappung der Arbeitskräfte, vor allem ein Fachkräftemangel. Umso wichtiger sei die Erhöhung der Studierquote, vor allem die Gewinnung junger Menschen aus den alten Ländern für ein Studium in Brandenburg.

Wanka porträtierte die Hochschullandschaft Brandenburgs, wo es freilich einige Absprachen mit dem umschlossenen Berlin gibt. Beispielsweise wird an keiner brandenburgischen Hochschule Medizin gelehrt – dafür gibt es einzelne Studiengänge nur in Brandenburg. Das brandenburgische Hochschulsystem entstand nach 1990 völlig neu, denn alle drei Universitäten (Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus) wurden neu gegründet; hinzu kamen fünf Fachhochschulen und die Filmhochschule Potsdam-Babelsberg. Daneben verfügt das Land über eine Vielzahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen.

Die Ministerin stellte die Marketing-Initiativen vor, mit denen Brandenburg für seine Hochschulen wirbt: Vor allem junge Berliner werden als Zielgruppe angesprochen, sei es über Banner am Hauptbahnhof, über Postkartenaktionen oder Bierdeckel in Kneipen. Erste Erfolge, vor allem ein Zuwachs an Frauen, seien bereits zu verzeichnen. Das größte Problem jedoch bleibt: Wie können die in Brandenburg ausgebildeten jungen Menschen als Fachkräfte im Land gehalten werden?

Dass das Jahr 1968 in Ost und West ganz unterschiedliche Assoziationen weckt, zeigte der Historiker Dr. Stefan Wolle mit Blick auf die ehemalige DDR auf. Im ostdeutschen Teilstaat war die Studentenbewegung kaum bekannt, dafür blickten die Menschen nach

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ANDREAS SCHULZE

28. August 2008

www.kas.de/wendgraeben

Prag. Hier gab es ab Januar 1968 ein Reform-Experiment: Unter ihrem neuen Parteichef Alexander Dubcek versuchten die tschechoslowakischen Kommunisten die Errichtung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Allerdings ließ die sowjetische Führung unter Leonid Breshnew diese Reformen im August 1968 mit militärischer Gewalt durch Warschauer-Pakt-Truppen niederschlagen.

Auch in der DDR verbreitete sich der „Traum von der Revolte“ – so Wolles Buchtitel. Der Referent erinnerte an frühere Reformüberlegungen in der DDR, die der äußerst aggressiven „Knüppelpolitik“ nach dem Mauerbau 1961 entgegen standen. Die Mehrzahl der DDR-Bürger hoffte, auch nördlich von Böhmen und Mähren ein System der Offenheit, der Diskussionen, des freien Zugangs zu Literatur, Musik und Konsumgütern zu erleben. Der Einmarsch 1968 wirkte allerdings als Schock und die Hoffnungen auf Veränderungen innerhalb des Sozialismus zerschlugen sich schnell. Allerdings registrierten die Sicherheitsorgane zahlreiche Proteste, vor allem in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Dresden – das MfS leitete etwa 1.400 Ermittlungsverfahren ein. Mehr als 20 Jahre mussten für eine Demokratisierung der Gesellschaft noch vergehen.

Die hochschulpolitische Tagung setzte Staatssekretär Winfried Willems (Kultusministerium) fort, der über das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt referierte. In den Schulen des Landes sei die demographische Katastrophe längst angekommen: So habe sich seit 1991 die Zahl der Schüler fast halbiert, wobei dies bei den Sekundarschulen (in Sachsen-Anhalt gibt es die Trennung in Haupt- und Realschule nicht) noch deutlicher ins Gewicht falle: Rückgang von 125.000 (1991/92) auf 56.000 (2008/09). Willems stellte die Reformen vor und sah die Lösung in äußerst kleinen Schulgrößen. Teilweise gebe es in Grundschulen nur 10 Schüler pro Jahrgang. Ein weiteres Problem sei die dünne Besiedlung mancher Regionen. Der Staatssekretär äußerte sich ferner zur Lehreraus- und –fortbildung, vor allem zur Förderung neuer Unterrichtsmethoden, zur Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten sowie zur Vereinbarkeit der Bachelor- / Masterstudiengänge mit dem Erlernen des Lehrerberufs.

Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Hochschulen standen im Blickpunkt der Seminarblöcke mit Staatssekretär Dr. Walther Otremba (Bundeswirtschaftsministerium) und Peter Clever (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände). Ein Land wie die Bundesrepublik habe Bildung als höchstes Gut, so dass diese weiter gefördert werden müsse. Allerdings seien die Hochschulen zu wenig auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet; vor allem die neuen Studienabschlüsse gelte es stärker an die späteren Arbeitsanforderungen anzupassen. Die Referenten thematisierten ferner die Zulassung von Nicht-Abiturienten für das Studium sowie die Finanzierung der Hochschulen, hierbei auch mit einem Plädoyer für Studiengebühren zur Verbesserung von Bildungsstandards wie Ausrüstung.

Höhepunkt der diesjährigen Sommerakademie war eine Exkursion nach Halle (Saale) mit Besuch der „Himmelsscheibe von Nebra“ im Landesmuseum für Vorgeschichte, einem Gespräch mit Staatssekretär Dr. Christoph Bergner (Bundesinnenministerium) und Marco Tullner MdL sowie einer vom André Gursky geleiteten Führung in der Gedenkstätte ROTER OCHSE. An diesem Schauplatz zweier Diktaturen – Todeszellen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ANDREAS SCHULZE

28. August 2008

www.kas.de/wendgraeben

und Hinrichtungsstätte im Nationalsozialismus, Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in der DDR – erfuhren die RCDS-Vertreter, welche Folgen eine Diktatur für Individuen haben kann. Die meisten Insassen der Haftanstalt wurden im „Roten Ochsen“ lediglich aufgrund kleiner Delikte oder völlig unschuldig aufgrund von Denunziation eingepfercht.